



Ehemalige Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen: Heute Museum.

Geheimhaft im Sperrbezirk

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR wurde vor 20 Jahren aufgelöst. Das geheime Untersuchungsgefängnis der „Stasi“ in Berlin-Hohenschönhausen ist heute eine Gedenkstätte und vermittelt einen umfassenden Eindruck von der Arbeit der Staatssicherheit.

Sie sind drei und du bist allein. Sie steuern den Wagen, ohne zu sagen, wohin sie fahren. Fragen werden nicht beantwortet oder nach Schablone abgewimmelt. Sie geben Befehle, die du zu befolgen hast. Ein fremder Wille dominiert und ordnet dich unter. Im Namen eines ‚Ministeriums‘, eines ‚Staates‘, des ‚Rechts‘.“ Jürgen Fuchs, Schriftsteller und Psychologe, erinnert sich in seinem Buch „Vernehmungsprotokolle“ an die Zeit seiner Untersuchungshaft beim Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Fuchs wollte die DDR anfangs „von innen“ zu verändern versuchen, geriet jedoch durch kritische Äußerungen und Publikationen in das Visier des *Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)*. Im November 1976 wurde Fuchs auf dem Weg

zum Ostberliner Büro des westdeutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ verhaftet. Monatelang wurde er an einem ihm unbekanntem Ort festgehalten und verhört. Im August 1977 bürgerte ihn die DDR nach West-Berlin aus. Inzwischen ist erwiesen, dass der Schriftsteller, so wie viele Gegner der DDR-Staatsführung, im geheimen Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit im nordöstlichen Berliner Stadtteil Hohenschönhausen festgehalten worden war.

„Man wusste nicht, wohin man nach der Verhaftung gebracht wurde“, schildert ein ehemaliger Inhaftierter des Untersuchungsgefängnisses die Ungewissheit und Unsicherheit, die einen nach der Festnahme durch die Stasi befiel. Der frühere Häftling führt heute Besucher durch die Gebäude in Hohen-

schönhausen, die seit 1994 eine Gedenkstätte sind. Rund 60 ehrenamtliche Vortragende, mehr als zwei Drittel ehemalige Insassen aus unterschiedlichen Perioden, beschreiben im Rahmen von Gruppenführungen ihre Erlebnisse, ihren Umgang mit Haft und Vernehmungen und ihre Aufarbeitung der Geschehnisse. Panik und Todesangst waren in der Haft keine Seltenheit. Viele haben noch Jahrzehnte später mit dem Erlebten zu kämpfen. Während des Untersuchungsverfahrens waren sie isoliert, durften keine Angehörigen oder Vertrauenspersonen verständigen. Um die Macht der Staatssicherheit rankten sich unzählige Gerüchte: „Niemand hatte eine Ahnung, was die wirklich alles konnten und machten.“

Die Lage des Untersuchungsgefängnisses Hohenschönhausen blieb der



Häftlings-Transporter des Staatssicherheitsdienstes: Als Lieferwagen getarnt.



Zellentrakt in Hohenschönhausen: Oft monatelange isolierte Untersuchungshaft.

DDR-Bevölkerung bis nach dem Fall der Mauer verborgen; es war inmitten eines streng bewachten militärischen Sperrbezirks errichtet und von zentralen Einheiten der Staatssicherheit umgeben. Dazu gehörten die Hauptabteilung IX des MfS für strafrechtliche Ermittlungen und die Abteilung XIV, der die Ermittlungsabteilungen und Untersuchungsanstalten in den 15 Bezirken der DDR unterstellt waren. Auch der „Operativ-Technische Sektor“ der Stasi war in Hohenschönhausen untergebracht – er stellte Abhöranlagen, Kameras und falsche Pässe her. Tore, Sichtabschirmungen, Kameras, Wachtürme und ein komplexes Einlasssystem wehrten neugierige Blicke ab und sorgten für ein Höchstmaß an Sicherheit. Bei Neubauten in der Umgebung überprüfte das MfS, ob das Gefängnisareal von höher gelegenen Wohnungen aus erkennbar wäre. Um Risiken zu vermeiden, wurden solche Wohnungen nur an Stasi-Angehörige vergeben. Auf Stadtplänen war der

weitläufige Komplex nicht eingezeichnet, die Straßen endeten im Nichts.

„Man ist nach der Verhaftung nicht direkt ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Manchmal ist der Wagen stundenlang in der Stadt herumgefahren, um das Ort- und Zeitverständnis zu verwirren“, setzt der ehemalige Inhaftierte seine Führung in Hohenschönhausen fort. Die üblichen Gefangenentransporter der Staatssicherheit waren fensterlos und oft getarnt – als Lieferwagen für Gemüse, Wäsche oder Backwaren. Die im Dunklen in einer Zelle im Fahrzeug sitzenden Personen konnten nach einiger Zeit nicht mehr abschätzen, ob sie noch in der gleichen Stadt waren oder in einen anderen Teil des Landes gebracht worden waren. Die Ankunft in Hohenschönhausen erfolgte in einer abgeschotteten Halle, der erste Befehl lautete üblicher Weise „Raus, raus! Kopf runter!“ Die Inhaftierten sollten das Gefängnis und das Umfeld tunlichst nicht von außen sehen, um es nicht später – z. B. nach ei-

ner Ausbürgerung auf Fotos der Westmächte – wiederzuerkennen. Oftmals brachte erst eine Einsichtnahme in die eigenen Stasi-Akten Jahre nach dem Ende der DDR Aufschluss über den Ort der damaligen Untersuchungshaft.

„Speziallager Nummer 3“. Schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges errichteten die sowjetischen Besatzer am ursprünglichen Platz einer Berliner Großküche im Stadtteil Hohenschönhausen das „Speziallager Nummer 3“. In der Folge entstand dort die zentrale sowjetische Untersuchungsanstalt im Osten Deutschlands. Die Zellen im Keller des Gefängnisbaus wurden als „U-Boot“ bekannt. Sie waren feucht und nur mit Holzpritschen ausgestattet. Als Toilette diente ein Kübel. Es gab keine Fenster, sondern ständig künstliche Beleuchtung. Bei den Einvernahmen wendeten die Vernehmer der UdSSR nicht nur psychischen Druck an, sondern auch körperliche Gewalt: Nächtliche Verhö-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Staatssicherheitsdienst

Das *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)* der DDR, die „Stasi“, war nicht nur als Inlands- und Auslandsnachrichtendienst tätig, sondern hatte auch polizeiliche und staatsanwaltliche Befugnisse. Dadurch konnte das MfS selbst Ermittlungsverfahren eröffnen und Verhaftungen vornehmen. Der Staatssicherheitsdienst unterlag keiner parlamentarischen Kontrolle oder verwaltungsgerichtlichen Maßnahmen-Überprüfung. Das MfS verfügte 1989

über 91.000 hauptamtliche und etwa 189.000 *Inoffizielle Mitarbeiter (IM)*; die Abteilung M des MfS überprüfte im Rahmen der Postüberwachung jeden Tag etwa 90.000 Briefe. Auch andere Lebensbereiche wurden fast lückenlos kontrolliert. Die Hauptabteilung IX des Staatssicherheitsdienstes, die im Sperrbezirk Berlin-Hohenschönhausen untergebracht war, leitete als Untersuchungsorgan des MfS selbstständige Ermittlungen gegen politische Verdächtige; sie hatte zuletzt 484 hauptamtliche Mitarbeiter. Von

1950 bis 1989 führte die Hauptabteilung IX etwa 90.000 Ermittlungsverfahren durch. Zwischen 200.000 und 250.000 Menschen sollen zwischen 1949 und 1989 in der DDR in politischer Haft gewesen sein. Fast vier Millionen Menschen flüchteten ab dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Westen. Das MfS betrieb insgesamt 17 Untersuchungsgefängnisse, drei davon in Ostberlin. Verurteilte wurden in andere Haftanstalten verlegt, zum Beispiel nach Bautzen, Cottbus oder Hoheneck.



Überwachungskameras und Warnleuchten; „Ampel“ im Zellentrakt in Hohenschönhausen: Das Grünlicht leuchtete, wenn sich kein Häftling mit Wärter am Gang befand.

re, Schlafentzug oder zwangsweises Stehen in einem „Stehkarzer“ sollten die Inhaftierten müde machen. Die meisten Gefangenen – politische Gegner sowie Verdächtige aus der Zeit des Nationalsozialismus – wurden in der Folge von sowjetischen Militärgerichten verurteilt. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurden viele der Verurteilten nachträglich rehabilitiert.

Ab 1949 wuchs aus der sowjetischen Besatzungszone ein eigener Staat, die DDR. 1951 kam das Gefängnis in die Verwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, das es fortan als zentrale Untersuchungsanstalt verwendete. In den 1950er-Jahren wurden in Hohenschönhausen zahlreiche Regime-Kritiker, Streikführer und politisch Verdächtige festgehalten und einvernommen, darunter Schlüsselfiguren des Ostberliner Aufstands vom 17. Juni 1953, frühere Politiker oder Anti-Kommunisten wie der Rechtsanwalt Walter Linse. Die Stasi entführte Linse unweit seiner Wohnung in West-Berlin auf der Straße und brachte ihn über die DDR-Grenze nach Hohenschönhausen, wo er wegen Spionageverdacht verhört wurde. 1953 wurde sein von einem Militärtribunal verhängtes Todesurteil in Moskau vollstreckt. Die Todesstrafe wurde in der DDR 1987 abgeschafft.

Mauerbau. Am 13. August 1961 zog die DDR-Staatsführung innerhalb kürzester Zeit an der Grenze zwischen Ostberlin und West-Berlin Absperrungen hoch, um die Ausreiseflut ostdeut-

scher Bürger einzudämmen; aus den provisorischen Zäunen wurde die Berliner Mauer, die 28 Jahre lang Bestand haben sollte. DDR-Bürger versuchten immer wieder, illegal über diese Grenze nach West-Berlin zu kommen und machten sich dabei der „Republikflucht“ schuldig. 1961 wurde ein neues Untersuchungsgefängnis des MfS in Hohenschönhausen eröffnet – gebaut hatten es Häftlinge eines Arbeitslagers. Der moderne Bau verfügte über deutlich mehr Platz und eine verbesserte Infrastruktur; mehr als 200 Zellen und Vernehmerzimmer lösten die benachbarte unterkellerte Anstalt ab. Ab den 1960er-Jahren wurden in Hohenschönhausen in großer Zahl Menschen festgehalten, die fliehen oder dauerhaft ausreisen wollten.

Viele bekannte DDR-Oppositionelle wie Bärbel Bohley, Rudolf Bahro, Walter Janka und Jürgen Fuchs waren unter den Inhaftierten, die monatelang oft völlig isoliert waren und außer Wärtern und Vernehmern niemanden zu Gesicht bekamen. Der Vernehmerbereich und der Wärterbereich waren räumlich strikt getrennt. Die Zellen hatten keine Fenster, sondern Lüftungsklappen und lichtdurchlässige Öffnungen aus Glasbausteinen. Aufseher hatten die Inhaftierten ständig im Blick und sprachen sie nur mit Nummern an; die Untersuchungshäftlinge wurden voneinander fern gehalten, benachbarte Zellen blieben leer, um Klopfzeichen oder andere Kontakte zu unterbinden. In zwölf Betonkäfigen mit

vergitterten Decken – den „Tigerkäfigen“ – wurde im Idealfall dreimal pro Woche für je zehn Minuten ein Freigang gewährt. Dabei waren laute Geräusche ebenso verboten, wie ein direkter Blick in den Himmel. „Das Schwierigste war es, die Zeit auszuhalten“, erinnert sich ein ehemaliger In-sasse.

Vernehmer. Die einzigen Bezugspersonen während der Untersuchungshaft waren in der Regel die Vernehmer des Staatssicherheitsdienstes. Diese waren in subtilen Befragungstechniken geschult, bei denen kein physischer, sondern psychischer Druck angewendet wurde. „Die wurden nicht vier Jahre ausgebildet, um dann wie die Neandertaler auf den Tisch zu hauen“, sagt der Tour-Guide und beschreibt die damals typische Verhörsituation: 120 schallisolierte Räume standen für die Vernehmungen zur Verfügung, vom Keller aus konnten die Vernehmungsräume und die Hafträume akustisch überwacht werden. Protokollführer oder andere Personen waren bei den Verhören nicht zugelassen. Der Inhaftierte saß in der Regel in einer Ecke neben der Tür auf einem hölzernen Hocker; auf die Sitzfläche konnte ein Tuch aus speziellem Gewebe gespannt werden, das die Geruchsstoffe des Häftlings aufnahm und später luftdicht in einem Glas konserviert wurde. Die Stasi legte so über die Jahre eine umfassende Geruchsdatenbank verdächtiger Personen an. Nachdem bei der Ein-



Etage mit 120 Vernehmerzimmern: Die Räume waren schallisoliert und konnten abgehört werden.

lieferung eines Verdächtigen in die Untersuchungshaft zumeist schon viel Material gesammelt worden war – die Grundlage bildeten die gesammelten Fakten eines „operativen Vorgangs“ –, passte das Aussehen oder Verhalten eines Vernehmers oft mit einem bestimmten Punkt in der Lebensgeschichte des Untersuchungshäftlings zusammen. Ein junger Mann mit Vaterkomplex hatte einen Vernehmungsoffizier vor sich sitzen, der seinem Vater ähnlich sah; eine gut verdienende Frau mit Männerkontakten fand sich einem attraktiven Vernehmungsoffizier gegenüber, der nach teurem Parfüm aus dem Westen roch. Der Überraschungseffekt brachte viele Befragte aus dem Konzept – und zum Reden.

Manchmal waren mehrere Vernehmungsoffiziere für einen Untersuchungshäftling zuständig; sie wendeten in stunden- und tagelangen Befragungen eine breite Palette von Methoden an, um Namen und Informationen und letztlich ein unterschriebenes Geständnis zu erhalten. Das Geständnis erlaubte es dem MfS, die Erhebungen gerichtsfertig zu machen, der Abschlussbericht der Ermittler bildete die Basis für die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft. Auch bei einem späteren Widerruf blieben die einmal getätigten

Aussagen als Beweismittel vor Gericht gültig. Viele Häftlinge unterzeichneten aus Angst oder Erschöpfung die vorgesehenen Aussagen, oder sie willigten unter dem steten Druck ein, im Gegenzug für eine Freilassung als „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) des MfS zu fungieren.

Druck konnten die Vernehmer der Stasi unter anderem durch die Androhung hoher Haftstrafen oder von Konsequenzen gegen Familienmitglieder erzeugen. Die Machtfülle der Vernehmer schaffte Abhängigkeit, denn sie hatten es in der Hand, Häftlingen Hofgang, medizinische Versorgung, Schreib- und Lesemöglichkeiten zu gewähren oder zu entziehen.

„**Staats-Sicherheiten**“. Jahre nach dem Ende der DDR stand Mario Röllig, ein ehemaliger Hohenschönhausen-Insasse, in einem Kaufhaus plötzlich wieder „seinem“ Vernehmer gegenüber – Röllig als Verkäufer, der Vernehmer als Kunde. Die Begegnung wirkte traumatisierend auf den ehemaligen Untersuchungshäftling, denn der frühere Stasi-Offizier zeigte keine Reue. Röllig war 1987 mit 19 als Homosexueller wegen einer Affäre mit einem Westpolitiker von der Stasi festgenommen und nach drei Monaten und drei Tagen wie-

der aus der Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen entlassen worden; 1988 wurde er aus der DDR ausgebürgert. Im Theaterstück „Staats-Sicherheiten“, das im Oktober 2008 in Potsdam erstmals aufgeführt wurde, versucht Röllig, das Geschehene zu verarbeiten, indem er mit 14 weiteren Untersuchungshäftlingen über sein Schicksal erzählt. Darüber hinaus wurde seine Geschichte in dem Theaterstück „Akte R“, das an Schulen und auf Jugendbühnen gezeigt wird, jugendgerecht aufgearbeitet. Mario Röllig ist bei den Aufführungen dabei, um für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Gedenkstätte. Trotz des Falls der Berliner Mauer wurde Hohenschönhausen noch bis Ende 1989 als DDR-Untersuchungsgefängnis genutzt. Die Auflösung der Stasi machte schließlich auch den Gefängnissen des MfS ein Ende. Ab 1990 wurden in der Haftanstalt Personen untergebracht, gegen die die DDR-Staatsanwaltschaft Untersuchungen wegen der „Verfolgung politisch Andersdenkender“ eingeleitet hatte. So saß auch der ehemalige Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, 1990 in Hohenschönhausen ein; er war vermutlich der letzte Insasse bei Schließung der Haftanstalt auf Grund der „Deutschen Einheit“ am 3. Oktober 1990. Mielke wurde in die Justizvollzugsanstalt in Berlin-Moabit verlegt, der Komplex in Hohenschönhausen wurde an den Berliner Senat übergeben und 1992 unter Denkmalschutz gestellt. Seit 1994 ist die Anlage eine Gedenkstätte, seit 2000 eine selbstständige Stiftung öffentlichen Rechts, der die Grundstücke und Gebäude des Gefängnisses vom Land Berlin unentgeltlich zur Nutzung überlassen wurden. Mit finanziellen Zuschüssen des Bundes und des Landes Berlin kommt die Gedenkstätte ihrem gesetzlichen Auftrag nach, die Geschichte der Haftanstalt Hohenschönhausen in den Jahren 1945 bis 1989 zu erforschen, über Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zu informieren und zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung und Unterdrückung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Seit Öffnung der Gedenkstätte wurden mehr als eine Million Besucher verzeichnet, darunter zahlreiche Schüler.

Gregor Wenda

<http://www.stiftung-hsh.de/>